

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0836 890

p/WVI/42 - 20. Februar 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- | | | |
|-------|---|-----|
| 1 | <u>Erfolg einer grossen Anfrage</u>
SPD erzwingt Massnahmen gegen steigende Baulandpreise
Von Wolfgang Jansen | 53 |
| 2 - 4 | <u>Die Einheit bleibt erhalten</u>
Nach der Tagung der Evangelischen Synode Deutschlands
Von Ludwig Metzger, MdB | 102 |
| 5 | <u>Abfuhr für finnische Kommunisten</u>
Der Nordische Rat umging politischen Sprengstoff
Von unseren Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rastan | 51 |
| 5 | <u>Bonn hatte kein Verständnis</u>
Kurzinterview mit Richard Soljan,
Mitglied des Aufsichtsrates der Borgward-AG., Bremen | 46 |

* * *

Zur Beachtung: Sonderausgabe des SPD-Pressedienstes

Anlässlich des in Stuttgart am 25. und 26. Februar 1961 stattfindenden Verkehrskongresses der SPD veröffentlichen wir morgen eine Sonderausgabe des SPD-Pressedienstes. Unter dem Titel: Schach dem Verkehrstod - vom Verkehrswirrwarr zur Ordnung - beleuchtet der Verkehrsexperte der SPD, Dr. Paul Bleib, MdB, die bedrohlich sich zuspitzende Lage auf dem Gebiet des Strassenverkehrs.

* * * * *

Erfolg einer Grossen Anfrage

Von Wolfgang Jansen

Bei der Bundesregierung hat's geklingelt. Laut und vernehmlich. Mit hektischer Eile verkündete Bundeswohnungsbauminister Lücke seine Absicht, 8 000 bis 10 000 Hektar Bauland aus bundeseigenem Besitz zu veräussern, mit gleicher Eile lässt er - eingepackt in wohlgesetzte Redensarten über den Städtebau - die Kanzlerzustimmung zu diesem Plan verbreiten.

Nicht erwähnt wird dabei, dass die Bundesregierung nur einer Anregung folgt, die in der Grossen Anfrage der SPD-Fraktion bereits enthalten ist. Sie liegt seit Wochen vor und steht in dieser Woche auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages. Und jedem Einsichtigen ist klar, dass Lückes Gesetze vom Juni 1960 nicht der "Wecker" waren, als der er sie in Ermangelung einer "goldenen Uhr" anzusehen beliebte. Aus dem Schlaf einer dreivierteljährigen Inaktivität ist die Bundesregierung nicht durch Lückes "Wecker", sondern durch das Alarmsignal der Sozialdemokratischen Grossen Anfrage im Bundestag aufgeschreckt worden.

Dabei war man rechtzeitig gewarnt. Als im Juni 1960 das Bundesbaugesetz verabschiedet wurde, erklärten

Bundeswohnungsbauminister Lücke: Die Grundziele darf ich noch einmal stichwortartig hervorheben: ... 4. ... Einbau von Bestimmungen, die sicherstellen, dass dem Bodenwucher wirksam entgegengetreten wird und ein Baulandmarkt entsteht, der Bauland zu gerechten Preisen anbietet.

MdB Jacobi (SPD): Baulandnot und Bodenspekulation werden sich weiterhin auswirken, ja, wie zu befürchten ist, ausweiten. Nichts in diesem Gesetz wirkt dem entgegen.

MdB Dr. Hesberg (CDU/CSU): Durch das Gesetz wird die erforderliche Grundlage, das erforderliche Bauland für den Wohnungsbau gesichert.

MdB Dr. Brecht (SPD): Wenn Sie am nächsten Dienstag das Mietsteigerungsgesetz durchsetzen ..., dann muss das zwangsläufig zu einer Periode steigender Bodenpreise und steigender Grundrenten führen.

Die Befürchtungen der SPD haben sich in vollem Umfang bestätigt, aber die Bundesregierung tat - nichts! Sie liess die Dinge schwimmen. Sie sah tatenlos zu, wie die Bodenpreise kletterten, sie legte die Hände in den Schoss, während die kleinen Bausparer von der Lawine steigender Baulandpreise überrollt wurden, die alle ihre Kalkulationen über den Haufen warf. Sie hatte nicht den traurigen Mut, ihren in der Bundestagsdebatte geäusserten Optimismus zu korrigieren und verharrte auf dem Standpunkt, dass "nicht sein kann, was nicht sein darf". Erst als der Terminkalender die Behandlung der Grossen Anfrage der SPD vorsah, als klar wurde, dass man nun nicht mehr ausweichen konnte, entschloss man sich zu eiligen Verlautbarungen.

Es ist gut, dass die Bundesregierung bereit ist, dem in der Grossen Anfrage der SPD enthaltenen Wunsche nun endlich Rechnung zu tragen und zu tun, wozu sie nach dem Wohnungsbaugesetz ohnehin verpflichtet ist. Dass sie diese Absicht mit vielen schönen Reden verbrämt, ist menschlich verständlich. Dass sie einen drohenden Zeigefinger in Richtung Gemeinden erhebt und fordert, sie sollten dem guten Beispiel folgen, beweist, dass die Bundesregierung keine Ahnung von der wirklichen Lage hat, denn die Gemeinden sind an Bauland schon fast ausverkauft: Sie haben sich nach Kräften bemüht, aktiv zu sein, wo die Bundesregierung bisher versagte. Auch einiges an den Modalitäten, die in den Verlautbarungen der Bundesregierung angedeutet worden, bedarf der Erörterung. Die SPD wird in der Debatte am kommenden Mittwoch versuchen, hier nähere Klarheit zu schaffen. - Ziel und Zweck der Grossen Anfrage war es, dass wirksame Massnahmen gegen die Preissteigerungen beim Bauland ergriffen werden. Die Grossen Anfrage hat einen ersten Erfolg gebracht, noch bevor sie zur Beratung kam. Den Bauwilligen wird klar, dass sie auf die SPD zählen können.

Die Einheit blieb erhalten

Nach der Tagung der Evangelischen Synode Deutschlands

Von Ludwig Metzger, MdB

Die Synode der Evangelischen Kirche, die vom 13. - 17. Februar in Spandau tagte, hatte eine besondere Bedeutung. Wie sehr sie im Brennpunkt des Geschehens stand, das sich aus der unseligen Spaltung unseres Vaterlandes ergibt, hat sich gezeigt, als etwa 15 Mitglieder der Synode und der Kirchenkonferenz, die den Eröffnungsgottesdienst in der im Ostsektor gelegenen Marienkirche besuchen wollten, an Brandenburger Tor durch Volkspolizisten zurückgewiesen worden sind. Die Erklärungen der Kirchenkonferenz und der Synode zu diesem Vorfall waren würdig und fern jeder Überhitzung. Die Synodalen besaßen trotz der Spannung, die den Ernst der Situation entsprang, die innere Freiheit, die scherzhaften Worte, mit denen Prof. Vogel in einer Diskussionsrede den misslungenen Versuch der Zonennachhaber, "die Böcke von den Schafen zu scheiden", verurteilte (man hatte z.B. den Militärbischof Kunst durchschlüpfen lassen), mit Heiterkeit zu quittieren.

Die Hauptaufgabe der Synode war, ein neues "Kirchenregiment" zu bestellen. Als Präses der Synode wurde anstelle von Prof. von Dietze der hessische Ministerialrat Puttfarcken gewählt. Tagelang wurde darum gerungen, wie der neue Rat aussehen wird. Organe der Evangelischen Kirche in Deutschland, die ein Bund lutherischer, reformierter und unierter Kirchen ist, sind die Synode, die Kirchenkonferenz und der Rat, der die Kirche nach aussen vertritt. Die Kirchenkonferenz wird von den Kirchenleitungen der Gliedkirchen gebildet, die je ein Mitglied in die Konferenz entsenden. Synode und Kirchenkonferenz zusammen haben den Rat, der aus 12 Mitgliedern besteht - darunter der Präses der Synode, zu wählen, davon 11 Mitglieder mit Zweidrittelmehrheit. Das Erfordernis dieser qualifizierten Mehrheit, das zu einer grösstmöglichen Einigung zwingen soll, bedeutete in der augenblicklichen Lage der Kirche ein aussergewöhnliches Erschwernis.

Im Vordergrund des Interesses stand natürlich die Frage nach dem Vorsitzenden des Rates. Landesbischof Dibelius hatte das Amt während zweier Wahlperioden, d.h. für 12 Jahre, inne. Der 81-jährige kandidierte nicht mehr. Sein hohes Alter liess ihn das trotz seiner Rüstigkeit geraten erscheinen. Er hatte allerdings in der letzten Zeit auch

wiederholt den Widerspruch weiter Kirchenkreise hervorgerufen, z.B. durch seine Obrigkeitsschrift. Für den ferneren Weg der Kirche kann die Person des neuen Ratsvorsitzenden von entscheidender Bedeutung sein. Einige Kirchenführer wurden genannt. Im Benennungsausschuss ging es nur noch um zwei Persönlichkeiten: den hannoverschen Landesbischof D. Lilje, einen Lutheraner, und den Berliner Präses D. Scharf, einen Unierten.

Zunächst waren die 11 Mitglieder des Rates, ohne dass über den Vorsitz entschieden werden musste, zu benennen. Die Synode wählte von den 11 Vorgeschlagenen 10, darunter Lilje und Scharf. Gustav Heinemann war gleichfalls unter den Gewählten. Nicht gewählt wurde der vom Benennungsausschuss vorgeschlagene thüringische Bischof Dr. Mitzenheim (ein Lutheraner). Auch bei einer zweiten Benennung erhielt er im folgenden Wahlgang bei weitem nicht die erforderliche Stimmzahl. Er wurde von vielen abgelehnt, weil er dem Zonenregime gegenüber nicht immer die notwendige Klarheit gezeigt hatte. Auch eine Intervention von Landesbischof Beste aus Mecklenburg wurde schliesslich zum 11. Ratsmitglied gewählt.

Eine Einigung des Benennungsausschusses über den Ratsvorsitz kam nicht zustande. Acht seiner Mitglieder sprachen sich für Lilje, fünf für Scharf aus. Für die Synode wurde die Entscheidung bei den Erfordernis einer qualifizierten Mehrheit eine schwere, vielleicht kaum zu lösende Aufgabe. Denn die qualifizierte Mehrheit wird nach der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland verlangt, eierlei, wieviele Wahlgänge auch notwendig werden sollten. Am Abend des zweitletzten Tages der Synode trat sie in gemeinsamer Sitzung zusammen. Die Gewandtheit, die grosse Begabung, das diplomatische Geschick, die Fähigkeit zur Repräsentation Liljes wurden als Vorzüge gerühmt, die ihn für den Ratsvorsitz prädestinierten. Aber diese Vorzüge gingen Scharf keineswegs ab. Richtig, er ist ein bescheidener Mann, der wenig im Vordergrund erschienen ist und die äussere Repräsentation nicht zu sehr liebt. Aber im Kirchenkampf hat er wie Lilje mutig seinen Mann gestanden. Die Verhandlungen mit offiziellen Stellen, vor allem auch mit denen der Sowjetzone, die sein jetziges Amt mit sich brachten, hat er klar, mannhaft, doch ohne unnötige Schärfe geführt. Sein Kirchenbezirk liegt teilweise in

Ostsektor und in der Ostzone. Obwohl seine Familie im Westsektor wohnt, hat er das schwere Opfer auf sich genommen, den Wohnsitz für sich selbst im Ostsektor zu wählen, um seiner besonderen Aufgabe in jeder nur denkbaren Weise gerecht zu werden und die gleichen Risiken wie seine Amtsbrüder auf sich zu nehmen. Ohne Zweifel bringt er hervorragende Eigenschaften mit, die ihn befähigen, dabei zu helfen, dass die deutsche evangelische Kirche nicht auseinandergerissen und ihre Einheit nicht zerstört wird.

Beim ersten Wahlgang erhält Scharf die meisten Stimmen, aber nicht die qualifizierte Mehrheit. Beim zweiten Wahlgang stieg seine Stimmenzahl, die zwei Drittel wurden aber doch noch nicht ganz erreicht. Da erklärt Landesbischof Lilje, er verzichte auf seine Kandidatur und bäte Synode und Kirchenkonferenz, Präses Scharf eine breite Vertrauensgrundlage zu schaffen, die ihm ein sorgenreiches Arbeiten als Ratsvorsitzender ermögliche. Scharf wurde jetzt mit grosser Mehrheit gewählt. Synode und Kirchenkonferenz haben Liljes uneigennützig Haltung, die Sache über die Person zu stellen, honoriert. Bei der Wahl des Stellvertreters des Ratsvorsitzenden erhielt er alle Stimmen.

Die Wahlen, die in Spannung und Ungewissheit begonnen haben, sind zu einem guten Ergebnis gekommen. Die Einheit der evangelischen Kirche Deutschlands ist erhalten und bleibt eine Aufgabe für die Zukunft.

Die Synode hat sich auch noch mit einer ganzen Reihe anderer Fragen befasst. In den Ausschüssen wurde in ernstem Ringen gearbeitet. Die Konfirmationsfrage wurde behandelt. Die Entscheidung kam zustande, dass, wenn Pfarrer oder besondere Beauftragte der Gliedkirchen der EKD als Beistände für Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen auftreten, sie im Rahmen kirchlicher Zuständigkeit handeln. Mit Rücksicht auf die Vorgänge der letzten Zeit wurde einstimmig noch einmal bekräftigt, dass die Tötung unheilbarer Kranker unter keinen Bedingungen erlaubt sei. Der bevorstehende Eichmann-Prozess gab Veranlassung zu einem klaren und mutigen Wort.

Abfuhr für finnische Kommunisten

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Ein politischer Sprengstoff wurde umgangen, als der Nordische Rat auf seiner Sitzung in Kopenhagen den Vorschlag der finnischen Kommunisten über die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone im Norden an die wirtschaftspolitische Kommission überwies. Das weist darauf hin, den Vorschlag von der Tagesordnung abzusetzen. Die Ausführungen der Vorschlagstellerin Frau Herta Kuusinen (Fraktionsführer der Volksdemokraten im finnischen Reichstag und Tochter des sowjetrussischen Parteideologen Otto Kuusinen) liessen erkennen, dass es um einen Versuch geht, die Hintertür zu öffnen für die Verwirklichung des umstrittenen Rapacki-Planes. Den Beitrag dafür sollte der Nordische Rat leisten durch eine Empfehlung an die Regierungen, worin es heisst, der jetzige atomwaffenfreie Zustand in den fünf nordischen Ländern, Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden müsse erhalten bleiben.

Die Ablehnung wurde mit zweierlei Erwägungen begründet. Wie der schwedische Aussenminister Östen Undén jetzt darlegte, besteht seit der Gründung des Nordischen Rates im Jahre 1952 die grundsätzliche Auffassung, der Rat solle sich nicht mit aussen- und militärpolitischen Fragen beschäftigen. Vor allem dann nicht, wenn es um Kontroversen geht, die in den Konflikt zwischen den Machtblöcken eingreifen. Die zweite und in der Tat mehr tiefgehende Begründung wurde von dem Vertreter Norwegens, dem sozialdemokratischen Politiker Finn Koe gegeben, als er darauf hinwies, eine Debatte über die atomwaffenfreie Zone im Norden würde eher die nordische Zusammenarbeit hindern als fördern, weil die Auffassungen in dieser Sache in hohem Grade geteilt sind.

Dieser Hinweis erklärt sich aus der lebhaften Debatte, die in der letzten Zeit in Dänemark, Norwegen und Schweden geführt wurde. Eine Osloer Kommission, die die politischen und militärischen Aspekte einer eventuellen Atombewaffnung untersuchte, hat festgestellt, dass die militärischen Fachleute für eine Ausstattung Norwegens mit Kernwaffen sind, während die Regierung unter den jetzt bestehenden weltpolitischen Umständen nicht gewillt ist, ihre politisch bestimmte Ablehnung aufzugeben. In Dänemark und Schweden würde eine ähnliche Untersuchung im jetzigen Moment zu demselben Ergebnis kommen. Aber auf dem politischen Sektor ist das Bild trotzdem nicht so einfach. Innerhalb der grossen skandinavischen Parteien gibt es verschiedene Strömungen, die für und gegen eine atomare Bewaffnung sind. Das gilt sowohl für die drei sozialdemokratischen Regierungsparteien als auch für die Oppositionsparteien. In Dänemark sind die linksbürgerliche radikale Partei, die in der Regierung mitwirkt, und die Volkssozialisten die einzigen Parteien, die eine einheitliche und bedingungslose Ablehnung vertreten. Der ehemalige Kommunistenführer Axel Larsen, jetzt Vorsitzender der sozialdemokratischen Volkspartei, hat den Vorschlag Herta Kuusinenens unterstützt.

Während eine offene Auseinandersetzung im Nordischen Rat vermieden werden konnte, konzentrierte man sich umso mehr auf die vielen praktischen Fragen, die für die Zusammenarbeit zwischen den fünf Ländern und für die Erhaltung des Nordischen Rates entscheidend sind. So soll in den kommenden Tagen u.a. diskutiert werden, wie die fünf Länder eine gemeinsame und erhöhte Hilfe für die Entwicklungsländer leisten können. Im Brennpunkt steht auch das Problem, wie Dänemark, Norwegen und Schweden sich energischer einschalten können, um eine Annäherung zwischen dem Gemeinsamen Markt und EFTA zu fördern.

Bonn hatte kein Verständnis

Richard Boljan, Vorsitzender des DGB-Landesbezirkes Bremen und Mitglied des Aufsichtsrates der Borgward-Werke AG Bremen äusserte sich in einem Kurzinterview mit dem SPD-Pressedienst recht optimistisch über die Zukunft der Borgward-Werke. Boljan hat in diesen Werken vor vielen Jahren als Klempner gearbeitet und als DGB-Landesvorsitzender eine intime Kenntnis der betrieblichen und geschäftlichen Zusammenhänge dieses Grossunternehmens erworben.

Frage: Welche Bedeutung besitzt Borgward für die Hansestadt Bremen?

Antwort: Die Borgward-Werke bestimmen mit genau 23 Prozent fast ein Viertel der wirtschaftlichen Kaufkraft in Bremen. Eine Stilllegung hätte unübersehbare Folgen für die Wirtschaft Bremens nach sich gezogen. 35 Prozent der 19 000 Beschäftigten bei den Borgward-Werken leben in den Randgebieten der Hansestadt, die in Niedersachsen liegen. Im Falle einer Stilllegung wären höchstens neue Arbeitsplätze für zwei- bis dreitausend Belegschaftsangehörige zu finden gewesen.

Frage: Welche Pläne hat die neue Leitung für die Zukunft?

Antwort: Die Borgward-Werke haben ein ausgereiftes Lastwagen-, sowie Mittelklassenprogramm (Isabella und Hansa 1100). Das bedeutet, die Versorgung mit Fahrzeugen und Ersatzteilen ist gesichert. Der Bau von Kleinwagen soll nicht vernachlässigt werden, aber er steht nicht im Vordergrund der bisherigen Überlegungen. Jetzt gilt es

1. die vorhandenen Wagen abzusetzen, was bei Wagen der Mittelklasse leichter sein wird als bei Kleinwagen,
2. die Konzentrierung des gesamten Programms auf eine neue Typenauswahl,
3. Zusammenfassung des gesamten Verkaufswesens, des Kundendienstes und der Preisgestaltung der einheitlichen Richtpreise für Reparaturen und
4. die Modernisierung der Gesamtanlagen.

Frage: Wie beurteilen Sie die Zukunftsaussichten?

Antwort: Ich bin durchaus optimistisch. Obwohl die Borgward-Werke keinem Konzern angeschlossen sind, bieten sich doch bei voller Ausschöpfung der vorhandenen Kapazitäten viele Möglichkeiten, am deutschen und internationalen Markt zu bestehen und darüber hinaus unsere Marktlage zu verbessern. In diesem Zusammenhang bedauere ich das mangelnde Interesse der Bundesregierung. Sie hat in anderen Fällen, wie etwa bei den Bayerischen Motorenwerken durch Bundesaufträge die Weiterbeschäftigung gesichert, auch wenn sie aus grundsätzlichen Bedenken keine Kapitalanleihe gewährte. Sie überliess es dem Senat von Bremen, aus eigener Kraft ein Riesenunternehmen zu retten, von dessen Wohl oder nicht Wohlergehen der Rhythmus einer Halbmillionenstadt bestimmt wird.

+ + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler